

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Im Haus, bei Vorbestellung 1,80 RM. Zusätzl. Bestelldr. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postanstalten und Postämter, unter Auslieferung u. Abrechnung, nehmen zu. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Geschäftsstelle, nehmen zu. Im Falle höherer Betriebsstörungen drückt kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzug des Bezugspreises. Nachzahlung, wenn Nachpost bestellbar.

Witzigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspennig, die 3-spaltige Reklamazeile im textlichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspennig. Belegblätter und Plakatschriften berechnungsgemäß. Anzeigen für die Wichtigkeit der Angelegenheiten durch Hervorhebung des Textes eingepreist. Jeder Reklamationspreis erfolgt, wenn der Betrag durch die Generalübermittlerin eingezogen ist.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostsen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 35 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 3640 Freitag, den 10. Februar 1933

Der rasende Herriot.

Dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot hat es nicht das allgeringste geschadet, daß er im Dezember vorigen Jahres von einer gewaltigen Kammermehrheit gestürzt wurde, die es ablehnte, die Schuldfrage Frankreichs an Amerika zahlen zu lassen. Im Gegenteil, — es hat ihm in seiner Stellung als französischer Politiker gewaltig genützt. Denn während sich erst sein Nachfolger Paul-Boncour, dann der jetzige Ministerpräsident Daladier mit den Finanzen, Steuer- und Defizitfragen abquälten dürfen, übernahm Herriot den Präsidentensitz im Außenpolitischen Ausschuss der Deputiertenkammer. Damit hat er eine Stellung inne, die ihm einen wohl noch größeren Einfluß auf die französische Außenpolitik verleiht als dem dafür zuständigen Minister und außerdem auf einem Gebiete, wo er mit parteipolitischen Gegnerschaften höchstens in einer graduellen Art zu rechnen hat. Herriot hat sich übrigens in einigen Erklärungen — natürlich auch aus außenpolitischen Gründen — seit seinem Sturz mit einigen Veränderungen der Rechtsopposition genähert und sprach vor der Schaffung eines „republikanischen Blocks“, — während doch der Ministerpräsident, ebenfalls ein Radikalsozialist mit den links von ihm stehenden Parteien zusammenarbeitet und sich von diesen stützen läßt. Aber Herriot kümmert sich nicht darum, braucht es auch nicht zu tun, da Daladier seine ganze Arbeitskraft und Aufmerksamkeit den innen- und finanzpolitischen Absichten und Geschäften zuwenden muß und daher die Außenpolitik seinen beiden Parteifreunden Boncour, dem Außenminister, und Herriot überläßt. Ersterer ringt um die Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten der Abrüstungsfrage auf der Konferenz in Genf, aber Herriot macht an der Spitze des Auswärtigen Ausschusses „große Politik“.

Das diese deutschfreundlich oder auch nur von dem Versuch getragen ist, für die elementaren Forderungen Deutschlands nach Lebens- und Atemraum auch nur das geringste Verständnis zu zeigen, wird auch der argste politische Feind Herriots diesem nicht vormerken können!

Die Tätigkeit des Diplomaten oder Staatsmannes besteht darin, Spannungen zu schaffen, wenn keine da sind; denn sonst hätte er nichts zu tun. Das besorgt nun Herriot als Vorsitzender des Kammerausschusses. Er ist der Mann von Lausanne, aber auch des damaligen Faltes mit England über die gemeinsame Richtungsrichtung der Lausanner Vereinbarungen, wenn Amerika nicht genügendes Entgegenkommen in der Schuldfrage zeigt. Diese Front zerschellte, dafür hat nun aber Frankreich ganz freie Hand darin, das Lausanner Abkommen mit Deutschland zu ratifizieren oder nicht. Und nun malt in allen und wohlbestimmten Farben auch Herriot das Bild eines rasch eskalierenden Deutschlands, das auch dieselben schweren Kampfslagenzeuge usw. für sich fordert wie die übrigen Mächte. Vorbei — man verzeihe das harte Wort! — geistigen Augen seiner Zuhörer entstand das Bild eines bis an die Zähne sich rüstenden deutschen Volkes von 65 Millionen, für das es dann nur ein Ziel gibt: Zerstörung aller dessen, was im Versailler Frieden geschaffen und bestimmt worden ist. Das dies alles unter Führung der neuen deutschen Regierung der „racistes“ (Nationalsozialisten), der „nationalistes“ (Deutschnationalen) und des „stahlhelm“ angebahnt und vor sich gehen würde, ist für Herrn Herriot eine ganz ausgemachte Sache.

Immer melancholischer wird die Stimme Herriots, immer dunkler die Farben, mit denen er das Bild der gegenwärtigen außenpolitischen Lage malt. Schnell springt — vielleicht auf Bestellung — ein Ausschussmitglied der radikalen Rechten auf, stellt an Herriot Fragen, um ihn zu schärferer Zeichnung zu zwingen. Wie steht es mit den deutschen — Bundesgenossen? Gibt es schon eine Triple-Entente zwischen Deutschland, Ungarn, Italien? Soll diese für Deutschland den polnischen Korridor, für Italien die dalmatinische Küste den Jugoslawen abnehmen? Herriot zuckt die Achseln; er weiß es nicht, aber er hält es für zweifellos, daß am 7. August ein Bündnis vereinbart worden sei zwischen Deutschland und Italien; rausgefragt habe er nicht, ob dies Bündnis auch unterzeichnet sei. Das ist eine Antwort Herriots, die geradezu raffiniert ist; denn damals waren zwei Mitglieder der jetzigen deutschen Reichsregierung in Rom, und Herriots habe Vermutung und „Befürchtung“ wird von seinen Zuhörern in der Kammer und den Leuten draußen im Lande als ganze Tatsache aufgefaßt werden. Auch das ist beachtlich, ebenso daß jene Fragen draußen als Gewissheiten angesehen werden sollen.

Aber Herriot hat auch gleich einen Trost bei der Hand. Jugoslawien und Polen seien von der deutsch-italienischen „Gefahr“ schon „schwer beunruhigt“ und — vielleicht könne man mit Russland die Beziehungen enger und fester knüpfen. Denn die neue deutsche Regierung sei ja äußerst scharf gegen den Bolschewismus eingestellt, werde diesen Kampf wohl auch außenpolitisch führen wollen, und diese Absichten Deutschlands, die Frankreich natürlich nicht mitmachen würde, könnten zu einem Gewinnposten für die französische Politik werden.

Also sprach Herriot, der politisch heute mächtigste Mann in Frankreich.

Französische Sabotage in Genf.

Paris lehnt Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ab.

Paul-Boncour erklärt: „Fünfmächtevereinbarung bindet die Konferenz nicht!“

Die Donnerstagssitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz nahm einen interessanten Verlauf. Auf die Feststellung des Vorklammers Adolny hin, daß die Gleichberechtigungsbereitschaft grundsätzlich und endgültig in der Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember geregelt sei, gab Paul-Boncour eine Erklärung ab, in der er die Regelung der Gleichberechtigungsfrage vollständig in Abrede stellte.

Aber die Tragweite der Fünfmächte-Vereinbarung seien „durchaus verschiedene Auffassungen“ vorhanden. Die Erklärung binde die Konferenz nicht und sei „lediglich eine Vereinbarung“ zwischen einigen wenigen Mächten. Die Gleichberechtigungsfrage könne nur in unlösbarer Zusammenhang mit der Organisation der europäischen Sicherheit behandelt werden (1).

Die französische Regierung hat damit zu dem erstenmal die am 11. Dezember getroffene Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung abgelehnt. Adolny meldete sich daraufhin unverzüglich zum Wort. Ebenso hat der englische Staatssekretär Eden den Präsidenten um das Wort zu einer Beantwortung der an ihn von Adolny gerichteten Frage, ob die englische Regierung den deutschen Standpunkt über die endgültige Regelung der Gleichberechtigungsfrage teile. Henderson lehnte es jedoch ab, den Vertretern Deutschlands und Englands das Wort zu erteilen mit der Begründung, daß die Sitzung des Präsidiums „wegen anderweitiger Sitzungen des Völkerbundes geschlossen“ werden müsse (1).

„Endgültig geregelt!“

Vorschafter Adolny wird daher in der nächsten Sitzung des Präsidiums die offizielle deutsche Erklärung abgeben, daß die deutsche Regierung die Gleichberechtigungsfrage als endgültig geregelt ansehe, daß für Deutschland allein die Vereinbarung der fünf Großmächte vom 11. Dezember maßgebend sei und daß die deutsche Regierung eine weitere Aussprache über diese bereits entschiedene Frage unter keinen Umständen zulassen werde.

Zu weiteren Verlauf der Sitzung versuchte Paul-Boncour die für Deutschland entscheidende Frage der qualitativen Herabsetzung der Rüstungen völlig in den Hintergrund zu rücken und verlangte in erster Linie die Durchberatung der französischen Vorschläge für den europäischen Sicherheitspakt und die Regelung der effektiven Truppenbestände.

Nachdem die Vertreter von Holland, Schweden und Rußland in Übereinstimmung mit dem deutschen Standpunkt auf die Notwendigkeit sofortiger und endgültiger Entscheidungen hingewiesen hatten, wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Deutschland warnt die Mächte.

Bei Beginn der Verhandlungen im Präsidium der Abrüstungskonferenz hatte Adolny noch unter allgemeiner Spannung erklärt, die deutsche Regierung halte sich für verpflichtet, auf die außerordentlichen Gefahren hinzuweisen, die ein Vorgehen nach sich ziehen würde, durch das man lediglich den Zusammenbruch der Konferenz vor der Weltöffentlichkeit verschleiern wolle. Die Versuche, eine Abrüstungsabkommen ohne entscheidende Herabsetzung der Rüstungen auszuarbeiten, würden zu „unübersehbaren Folgen“ führen.

Die deutsche Regierung hat damit zum erstenmal angekündigt, daß sie sich im Falle eines Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen durch die Schuld der übrigen Mächte ihre Entscheidung für die Zukunft vorbehalten müsse.

Die grundsätzlichen deutschen Forderungen.

Die deutsche Abordnung wird in den weiteren Verhandlungen mit Nachdruck den grundsätzlichen Standpunkt vertreten, daß weisheitsvolle Aussprachen und technische Sachverständigenprüfungen nicht mehr zugelassen werden können, und daß jetzt nur durch Abstimmungen die unbedingt notwendigen Entscheidungen herbeizuführen seien. Die deutsche Abordnung werde sich jeder Aussprache über die Gleichberechtigungsfrage widersetzen und zu den einzelnen Punkten des Arbeitsprogramms die praktische Anwendung der Deutschland zuerkannten Gleichberechtigung fordern.

Die Grundlage der deutschen Abänderungsvorschläge sei: 1. die als verboten zu erklärenden schweren Angriffswaffen müssen zerstört werden; 2. der

deutsche Rüstungsstand ist in Zukunft von dem Rüstungsstand der übrigen Mächte abhängig zu machen. Ferner wird von deutscher Seite beantragt werden, daß in dem kommenden Abrüstungsabkommen die effektive Truppenstärke eines jeden Landes festgesetzt wird.

England zum Vorkopf Paul-Boncour's.

Die Erklärungen Paul-Boncour's in der Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz werden in englischen Kreisen als die schärfste Stellungnahme von französischer Seite gegenüber Deutschland bewertet, die man in den letzten Jahren gehört habe. Nach allgemeiner Auffassung hat sich damit die französische Regierung von der Fünfmächte-Erklärung vom 11. Dezember über die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung losgesagt. Der neue Vorkopf wird damit zu einer bewußten Sabotage der Abrüstungskonferenz durch Frankreich.

Eine neue Fünfmächtekonferenz?

Englische Bemühungen.

Im zuständigen Londoner Stelle wird zugegeben, daß der Erste Vorkopf der britischen Botschaft in Paris, Blgram, sich zur Zeit in Genf befindet, um die Möglichkeit einer neuen Fünfmächtebesprechung zu erörtern, die sich mit der praktischen Gleichberechtigung Deutschlands und den französischen Sicherheitsforderungen beschäftigen soll. An maßgebender Stelle in London sei man der Auffassung, daß eine offizielle Anregung zu einer Fünfmächtekonferenz vorläufig nicht wünschenswert sei, um den kleineren Mächten nicht die Möglichkeit zu erneuten Beschwerden über ihre Ausschaltung zu geben. Man wolle in England auch Rücksicht auf die inneren Verhältnisse in Frankreich nehmen, betrachte aber grundsätzlich eine Fünfmächtekonferenz als erstrebenswertes Ziel.

Französische Alarmrufe.

Der „Aldrud der Koalitionen“, unter dem seinerzeit Bismarck, wie er erzählt, gelitten hat, scheint jetzt auf Frankreich übergegangen zu sein. Es sieht in jeder selbständigen Regierung des nationalen Deutschlands eine Spitze gegen sich, und hinter jeder freundschaftlichen Aneuerung des Auslands Deutschland gegenüber wittert es voll Mißtrauens und schlechten Gewissens ein antifranzösisches Bündnis. Darüber hinaus bemüht es sich aber auch, ohne selbst an ihr Bestehen zu glauben, Gerüchte über Offensivgehimmabkommen Deutschlands mit anderen Ländern in die Welt zu setzen, um bei anderen Interessenten gegen Deutschlands außenpolitische Bemühungen zu behagen und Gegenminen zu legen. So hat die letzte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Französischen Kammer unter dem Zeichen angeblicher deutsch-italienisch-ungarischer Beziehungen gestanden. Dabei wurde von seiten des rechtsstehenden Abgeordneten Ubarnegary die Behauptung aufgestellt, daß zwischen diesen drei Mächten am 7. August v. J. ein Defensiv- und Offensivabkommen unterzeichnet worden sei. Herriot soll darauf erklärt haben, daß er ein derartiges Abkommen zwar vermutet, daß er aber den Quai d'Orsay verlassen habe, ohne positive Beweise dafür in Händen zu haben.

Er soll schließlich erklärt haben, daß zum mindesten zwischen Deutschland und Ungarn einerseits und Ungarn und Italien andererseits ein derartiger Vertrag unterzeichnet worden sei.

Zu diesen Behauptungen des französischen Abgeordneten über ein deutsch-italienisch-ungarisches Geheimabkommen wird von zuständiger deutscher Stelle erklärt, daß hiervon nichts bekannt sei. Eine ähnliche Behauptung ist übrigens schon vor einigen Wochen aufgestellt und bereits damals dementiert worden.

Im übrigen bezeichnete in der französischen Ausschuss-Sitzung Herriot die gegenwärtige außenpolitische Lage als äußerst ernst, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland und vor allem der Kampf gegen den Kommunismus dazu beitragen würden, die französisch-russischen Beziehungen zu verbessern. In diesem Zusammenhang erklärte Herriot, daß in der nächsten Zeit in Moskau und Paris an der französisch-russischen Botschaft wieder Militärattachés ernannt werden sollen.

Ubarnegary erklärte ebenfalls in der deutlichsten Absicht, sich bei Rußland anzubiedern, daß der Reichskanzler Frankreich und den übrigen Großmächten demnach ein Bündnis gegen den Kommunismus anbieten werde, daß man sich französischerseits aber vor einem derartigen Angebot hüten müsse.